

070/2002

Stuttgart, den 27.02.2002

## **Grüne: Landesregierung muss LKW-Maut zustimmen**

### **MdL Boris Palmer: Blockadehaltung würde hunderte von Millionen für Infrastruktur im Land kosten**

---

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer hat die Landesregierung aufgefordert, der geplanten LKW-Maut am Freitag im Bundesrat zuzustimmen. Dies sei schon zur Begrenzung des Staus auf den Autobahnen zwingend: „Wer nicht tatenlos zusehen will, wie immer mehr LKWs die Autobahnen zu Schleichwegen machen, der muss die Brummis endlich spürbar zur Kasse bitten.“

Die Landesregierung solle ihrem Bekenntnis zum Schienengüterverkehr nun einmal konkrete Taten folgen lassen: „Heute bezahlt die Bahn für einen Güterwagenkilometer 100mal höhere Fahrwegkosten als der LKW für die Benutzung eines Straßenkilometers. Die LKW-Maut schafft gerechtere Wettbewerbsbedingungen für die Bahn.“

Vor allem muss Ministerpräsident Teufel nach Palmers Auffassung aber wegen des Ausbaus der Infrastruktur im Land zustimmen. Aus der LKW-Maut wird das so genannte Anti-Stau-Programm (ASP) der Bundesregierung finanziert. Baden-Württemberg profitiert davon weit überproportional mit einem Anteil von 20% an den geplanten Investitionen im Straßenbereich. Im Programm enthalten sind für die Jahre von 2003 bis 2007 Straßenbauprojekte in Baden-Württemberg im Volumen von 380 Millionen Euro, nämlich der

sechsstreifige Ausbau der A6 zwischen Heilbronn und dem Autobahnkreuz Mannheim, der A8 zwischen den Anschlussstellen Heimsheim und Leonberg sowie der bereits begonnene Umbau des Echterdinger Eis. Immerhin 51 Millionen Euro sind im ASP für den Ausbau der Südbahn zwischen Ulm und Lindau eingeplant.

Mit der im Gesetzestext fixierten Zusage, die Einnahmen aus der Maut überwiegend für die Infrastruktur zu verwenden, ist die Bundesregierung nach Palmers Auffassung den Ländern im zentralen Punkt weit entgegen gekommen. Selbst eine von den Grünen abgelehnte Teilentlastung der Spediteure habe man akzeptiert. „Wer jetzt noch fordert, das Geld müsse ausschließlich in den Straßenbau fließen, der überzieht. Eine hälftige Verwendung für Schiene und Wasserstraße ist für uns zur ökologischen Lösung der Verkehrsprobleme unverzichtbar. Baden-Württemberg erhält im Sinne seiner straßenbaufixierten Landesregierung sogar siebenmal mehr Geld für Autobahnen als für Schienenwege aus dem Anti-Stau-Programm. Die Ablehnung der LKW-Maut im Bundesrat wäre pure Blockadepolitik a la Zuwanderungsgesetz.“

Palmer appelliert an Ministerpräsident Teufel, am Freitag im Bundesrat im Interesse Baden-Württembergs und nicht für den Kanzlerkandidaten der Blockade zu stimmen: „Erwin Teufel entscheidet am Freitag mit seiner Stimme für oder gegen Infrastrukturinvestitionen von 430 Millionen Euro in Baden-Württemberg. Seit Jahr und Tag klagt er über Geldmangel für den Straßenbau im Land. Jetzt liegt es buchstäblich auf der Straße. Teufel muss zugreifen. Eine Ablehnung der LKW-Maut bremst auch den notwendigen Autobahnausbau, produziert noch mehr Staus und schadet dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg wie der Umwelt.“